

# Freiwilliger Zivildienst für Männer und Frauen

**Bund will mit neuem Angebot 35 000 Helfer finden  
und bietet hierfür bis zu 324 Euro monatlich**

Von Stefan Braun

**Berlin** – Nach monatelangen, zum Teil heftigen Debatten hat sich die schwarz-gelbe Koalition auf eine Nachfolgeregelung für den Ende nächsten Jahres wegfallenden Zivildienst verständigt. Vom 1. Juli 2011 an soll in Deutschland ein Bundesfreiwilligendienst eingeführt werden. Darauf hätten sich in langwierigen Verhandlungen Union und FDP, aber auch Bund und Länder verständigt, erklärte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder am Donnerstag in Berlin. Die CDU-Politikerin sagte, sie sei sehr froh, dass insbesondere auch mit den Bundesländern eine Einigung erzielt worden sei. Der Zeitdruck nämlich sei stetig gewachsen. Da der Wehrdienst Mitte nächsten Jahres ausgesetzt werde, falle im gleichen Moment auch die Begründung für den Zivildienst weg. Dieser soll nun spätestens Ende des kommenden Jahres endgültig auslaufen.

Nach den Plänen, die Schröder zusammen mit Vertreterinnen von Unions- und FDP-Fraktion vorstellte, sollen die schon jetzt existierenden Freiwilligendienste der Länder in vollem Umfang erhalten und durch einen Bundesfreiwilligendienst ergänzt werden. Derzeit gibt

es in den Bundesländern rund 35 000 Stellen für Freiwilligendienste. Sie sollen durch den Bund zusätzlich gefördert und durch die gleiche Zahl an Stellen auf Ebene des Bundes verdoppelt werden. Schröder räumte ein, dass auch sie nicht damit rechnen, den Zivildienst voll ersetzen zu können. Aber sie gab sich optimistisch, mit den 35 000 zusätzlichen Stellen auf Bundesebene einen großen Teil der Lücke schließen zu können, die durch den Wegfall des Zivildiensts in sozialen Einrichtungen aufgerissen werde.

Derzeit noch machen Jahr für Jahr etwa 90 000 junge Männer für zuletzt sechs Monate Zivildienst. Der geplante Freiwilligendienst dagegen soll für Frauen wie Männer offen sein und darüber hinaus für Menschen aller Altersgruppen. Er soll nach den Plänen der Koalition mindestens sechs und maximal 24 Monate dauern, und dabei sollen die Freiwilligen ungefähr das gleiche Entgelt erhalten wie heute die Zivildienstleistenden. Schröder sprach von einer Obergrenze der Entlohnung von 324 Euro im Monat für Freiwillige in West- und 273 Euro für Freiwillige in Ostdeutschland. Um den Freiwilligendiensten der Länder keine

Konkurrenz zu machen, soll jenen, die sich dort engagieren möchten, exakt die gleiche finanzielle Unterstützung gewährt werden. Zu diesem Zweck will der Bund die Dienste der Länder mit zusätzlich 50 Millionen Euro aufwerten. Insgesamt hat die Koalition für den Ausbau der Freiwilligendienste von Bund und Ländern 350 Millionen Euro eingeplant.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Miriam Groß, gab sich optimistisch, dass die zusätzlich zu schaffenden Stellen auch besetzt werden könnten. Da es schon jetzt beispielsweise in Bayern drei Bewerber auf eine Stelle gebe, sehe sie gute Chancen, dass das neue Angebot auch gut angenommen werde. Ähnlich äußerte sich ihre Kollegin von der Unionsfraktion, Ingrid Fischbach. Von den Grünen dagegen kam Kritik. Ihr Bundestagsabgeordneter Kai Gering, Sprecher für Jugend und Generationen, warf Schröder vor, sie präsentiere unausgelegene Eckpunkte und fördere unnötige Doppelstrukturen bei Bund und Ländern. Außerdem suche sie händeringend nach neuen Aufgaben für das Bundesamt für den Zivildienst.